

Allgemeine Geschäfts- und Lieferungsbedingungen

§ 1 Geltung der Bedingungen

Lieferungen, Leistungen und Angebote der Verkäuferin erfolgen ausschließlich auf Grund dieser Geschäftsbedingungen. Sie gelten auch für alle zukünftigen Geschäftsbeziehungen, auch wenn sie nicht nochmals ausdrücklich vereinbart werden.

§ 2 Vertragsschluß

- 1) In Prospekten, Anzeigen usw. enthaltene Angebote sind – auch bezüglich der Preisangaben – freibleibend und unverbindlich. An Sonderangebote hält sich die Verkäuferin 30 Kalendertage gebunden.
- 2) Aufträge sind mit Unterschrift des Käufers gültig.
- 3) Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen sind nur gültig, wenn die Verkäuferin sie schriftlich bestätigt; das gleiche gilt für die Zusicherung von Eigenschaften.
- 4) Die bei Vertragsabschluß festgelegten Bezeichnungen und Spezifikationen stellen den technischen Stand zu diesem Zeitpunkt dar. Konstruktionsänderungen für Lieferungen im Rahmen dieses Vertrages behält der Käufer sich ausdrücklich vor, sofern diese Änderungen nicht grundlegender Art sind und der vertragsgemäße Zweck nicht erheblich eingeschränkt wird.

§ 3 Kaufverträge

Sämtliche Verträge zwischen Verkäuferin und Käufer sind Kaufverträge. Das gilt auch bei Sonderanfertigungen nach Wünschen des Käufers. Die beiderseitigen Verpflichtungen ergeben sich ausschließlich aus den folgenden Bestimmungen, welche durch Finanzierungsvereinbarungen des Käufers mit Dritten nicht berührt werden. Die Zahlungsverpflichtung des Käufers bleibt in voller Höhe bestehen.

§ 4 Preise, Preisänderungen

- 1) Sämtliche Preise sind Bruttopreise incl. MwSt.
- 2) Die Preise schließen Verpackung und Fracht innerhalb des Stadtgebietes der Freien und Hansestadt Hamburg ein.
- 3) Soweit zwischen Vertragsabschluß und vereinbartem und/oder tatsächlichem Lieferdatum mehr als 3 Monate liegen, gelten die zur Zeit der Lieferung oder Bereitstellung gültigen Preise der Verkäuferin.

§ 5 Lieferzeiten

- 1) Die Verkäuferin bemüht sich, vereinbarte Liefertermine – Materialeingang vorausgesetzt – einzuhalten. Gerät die Verkäuferin in Verzug, so kann der Käufer nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen vom Vertrag zurücktreten oder Schadensersatz wegen Nichterfüllung verlangen.
- 2) Die Dauer der vom Käufer zu setzenden Nachfrist wird auf 6 Wochen festgelegt; sie beginnt mit Eingang der Nachfristsetzung bei der Verkäuferin.
- 3) Schadensersatz wegen Nichterfüllung kann der Käufer nur verlangen, wenn die Verkäuferin oder ihre Erfüllungsgehilfen den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht haben.
- 4) Macht der Käufer von den vorstehenden Rechten keinen Gebrauch, so stehen ihm keinerlei Schadensersatzansprüche aus der Nichteinhaltung irgendwelcher Liefertermine zu.

- 5) Die erweiterte Haftung gemäß § 287 BGB (Haftung während Verzug) wird ausgeschlossen.

§ 6 Versand und Gefahrübergang

- 1) Die Gefahr geht auf den Käufer über, sobald die Sendung an die den Transport ausführende Person übergeben worden ist oder zwecks Versendung das Werk der Verkäuferin verlassen hat. Wird die Versendung auf Wunsch des Käufers verschoben, so geht die Gefahr mit der Meldung der Versandbereitschaft auf ihn über.
- 2) Die Verkäuferin ist berechtigt aber nicht verpflichtet, Lieferungen im Namen und für Rechnung des Kunden zu versichern.

§ 7 Gewährleistung und Haftung

- 1) Ist der Liefergegenstand mangelhaft oder fehlen ihm zugesicherte Eigenschaften oder wird er innerhalb der Gewährleistungsfrist durch Fabrikations- oder Materialmängel schadhaft, liefert die Verkäuferin nach ihrer Wahl unter Ausschluß sonstiger Gewährleistungsansprüche des Käufers – insbesondere unter Ausschluß jeglicher Folgeschäden des Käufers – Ersatz oder bessert nach. Mehrfache Nachbesserungen sind zulässig.
- 2) Die Gewährleistungsfrist beträgt eine Woche und beginnt mit dem Tag der Anlieferung bei dem Käufer innerhalb der vereinbarten Lieferungszeit. Ist eine solche nicht vereinbart, so gilt die Ware dem Käufer auch dann als zugegangen, wenn sie wegen fehlender Abnahmemöglichkeit auf Lager der Verkäuferin genommen wird.
- 3) Der Käufer muß die Sendung bei Ankunft unverzüglich auf Transportschäden untersuchen und die Verkäuferin von etwaigen Schäden oder Verlusten sofort durch eine Schadensmeldung des Spediteurs oder eine eidesstattliche Versicherung, die von zwei Zeugen und von dem Kunden unterschrieben sein muß, Mitteilung machen. Im übrigen müssen offensichtliche Mängel der Verkäuferin unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Tagen nach Anlieferung, schriftlich mitgeteilt werden. Mangelhafte Sendungen oder Teile hiervon sind in dem Zustand, in dem sie sich im Zeitpunkt der Feststellung des Mangels befinden, zur Besichtigung durch die Verkäuferin bereit zu halten. Ein Verstoß hiergegen schließt jegliche Gewährleistungsansprüche aus.
- 4) Schlägt die Nachbesserung oder Ersatzlieferung nach angemessener Frist fehl, kann der Käufer nach seiner Wahl Herabsetzung des Kaufpreises oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen.
- 5) Die vorstehenden Regelungen gelten nicht für nach Wunsch des Käufers angefertigte Artikel. Sie sind auch von einem Umtausch oder von einer Rücknahme ausgeschlossen.
- 6) Schadensersatzansprüche aus Unmöglichkeit der Leistung, wegen Nichterfüllung, aus positiver Vertragsverletzung, aus Verschulden bei Vertragsschluß und aus unerlaubter Handlung sind sowohl gegen die Verkäuferin wie auch gegen ihre Erfüllungs- bzw. Verrichtungsgehilfen ausgeschlossen, soweit der Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

§ 8 Eigentumsvorbehalt

- 1) Bis zur Erfüllung aller (auch Saldo-) Forderungen, die der Verkäuferin aus jedem Rechtsgrund gegen den Käufer jetzt oder künftig zustehen, behält sich die Verkäuferin das Eigentum an den gelieferten Waren vor. Der Käufer darf über Vorbehaltsware nicht verfügen.

- 2) Bei Zugriffen Dritter, insbesondere Gerichtsvollziehern, auf Vorbehaltsware wird der Käufer auf das Eigentum der Verkäuferin hinweisen und diese unverzüglich benachrichtigen. Kosten und Schäden trägt der Käufer
- 3) Bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers – insbesondere bei Zahlungsverzug – ist die Verkäuferin berechtigt, die Vorbehaltsware auf Kosten des Käufers zurückzunehmen. In der Rücknahme wie auch in der Pfändung der Vorbehaltsware durch die Verkäuferin liegt kein Vertragsrücktritt (sofern nicht das Abzahlungsgesetz Anwendung findet).

§ 9 Zahlung

- 1) Die Ablehnung von Schecks behält sich die Verkäuferin ausdrücklich vor. Deren Annahme erfolgt stets nur zahlungshalber. Spesen und Einziehungskosten sind sofort fällig.
- 2) Unter Abbedingung der §§ 366, 367 BGB bestimmt die Verkäuferin, welche Forderungen durch die Zahlung des Käufers erfüllt sind. Dies gilt auch bei anders lautender Bestimmung des Käufers.
- 3) Befindet sich der Käufer im Verzug, so ist die Verkäuferin berechtigt, Zinsen in Höhe des von den Geschäftsbanken berechneten Zinssatzes für offene Kontokorrentkredite – mindestens jedoch 4 % über dem Bundesbank-Diskontsatz – zuzüglich Umsatzsteuer zu berechnen. Die Zinsen sind sofort fällig.
- 4) Kommt der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nach, löst er insbesondere Scheck oder Wechsel nicht ein, wird er zahlungsunfähig oder stellt er seine Zahlungen ein oder greifen andere der Verkäuferin zur Kenntnis gelangende Umstände ein, welche die Kreditwürdigkeit des Käufers in Frage stellen, so ist die Verkäuferin berechtigt, die gesamte Restschuld fällig zu stellen, auch wenn Wechsel oder Schecks hereingenommen wurden. In diesem Fall ist die Verkäuferin außerdem berechtigt, bezüglich sämtlicher sonstiger noch nicht ausgeführter Verträge Vorauszahlungen oder Sicherheitsleistungen zu verlangen sowie nach angemessener Nachfrist von diesen Verträgen zurückzutreten oder Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen.
- 5) Der Käufer ist zur Aufrechnung nur berechtigt, wenn eine Gegenforderung unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

§ 10 Erfüllungsort, Gerichtsstand und Teilunwirksamkeit

- 1) Erfüllungsort ist Hamburg. Soweit der Käufer Vollkaufmann im Sinne des HGB, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, wird für etwaige Streitigkeiten aus Verträgen und damit im Zusammenhang stehender Rechtsbeziehungen für beide Teile nach Wahl der Verkäuferin das Amts- oder Landgericht Hamburg als Gerichtsstand vereinbart. Das gleiche gilt, wenn im Zeitpunkt der Klageerhebung der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt des Käufers unbekannt ist. In allen anderen Fällen wird für das gerichtliche Mahnverfahren die Zuständigkeit des Amtsgerichts Hamburg vereinbart.
- 2) Sollten eine oder mehrere der vorstehenden Bestimmungen unwirksam sein oder werden, so wird davon die Wirksamkeit der übrigen nicht betroffen. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine wirksame zu ersetzen, die den mit ihr verfolgten wirtschaftlichen Zweck soweit wie möglich verwirklicht.